

EU-Agrarausschuss stimmt gegen Vorschlag zur Wiederherstellung der Natur . . . . .	1
EU-Umweltausschuss gegen strenge Vorgaben in Industrieemissionsrichtlinie . . . . .	2
Weingesetz-Novelle stärkt heimische Herkunfts- und Qualitätsweine . . . . .	3
Tirol erlässt nächste Abschussverordnung für einen Wolf . . . . .	4
Heftige Gewitter verursachen schwere Schäden in der heimischen Landwirtschaft . . . . .	6
Totschnig und Polaschek in der HBLA Klosterneuburg für Wein- und Obstbau zu Gast . . . . .	6
Aufsichtsrat der Österreichischen Bundesforste für fünf weitere Jahre bestellt . . . . .	7

## EU-Agrarausschuss stimmt gegen Vorschlag zur Wiederherstellung der Natur

### Schmiedtbauer: Absage an praxisferne Ziele

Brüssel, 24. Mai 2023 (aiz.info). - Die Abgeordneten im Agrarausschuss des Europaparlaments haben gestern, Dienstag, mit deutlicher Mehrheit der Christdemokraten (EVP), Liberalen, Konservativen und Rechten gegen den Gesetzesvorschlag zur Wiederherstellung der Natur gestimmt. Die EU-Kommission hatte darin vorgeschlagen, bis 2030 auf mindestens 20% der Land- und Meeresgebiete Wiederherstellungsmaßnahmen durchzuführen und diese bis 2050 auf alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme auszudehnen. In der Landwirtschaft waren etwa Flächenstilllegungen, eine extensivere Bewirtschaftung oder die Wiedervernässung von Torfmooren und Torfabbaugebieten vorgesehen. Die EVP hat nun den hauptzuständigen Umweltausschuss des Europaparlaments, der voraussichtlich im Juni über die Gesetzesvorlage abstimmen wird, aufgerufen, diese ebenso in seiner Gesamtheit abzulehnen.

**Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Agrarsprecherin im Europaparlament, sprach von "praxisfernen" Vorschlägen, nach denen die Natur in den Zustand der 1950er-Jahre zurückversetzt werden sollte. "Indem wir den Vorschlag rundheraus abgelehnt haben, senden wir ein deutliches Signal an die EU-Kommission: Zurück an den Start. Dieser Vorschlag hat so viele Mängel, dass wir mit Änderungen nicht weiterkommen", sagte Schmiedtbauer.

COPA/COGECA, der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaften, begrüßte die Entscheidung des EU-Agrarausschusses als "mutig" und "klug". "Wir haben mit Bestürzung die politischen Debatten verfolgt, die immer realitätsfremder und irrationaler wurden", schreibt COPA/COGECA in einem Statement.

Schmiedtbauer beteuerte die Anstrengungen für mehr Klima- und Umweltschutz sowie die Unterstützung der Ziele des EU-Green-Deals. "Wenn der Preis für eine Wiederherstellung der Natur aber die Aufgabe einer stabilen Lebensmittelproduktion vor Ort zur Folge hat, dann tun wir Klima und Umwelt bestimmt keinen Gefallen. Wir Land- und Forstwirt:innen wissen um die Bedeutung der Natur und der Biodiversität. Daher stehen wir im Kampf für Klima- und Umweltschutz stets bereit, unseren Beitrag zu leisten. Doch wir in Europa müssen endlich beginnen, über den Tellerrand zu blicken, und die Bedeutung der heimischen Lebensmittelproduktion verinnerlichen", sagte Schmiedtbauer.

Es gehe völlig an der Realität vorbei, dass Flächen stillgelegt, wiedervernässt oder anderwärtig aus der Produktion genommen würden. Eine Versorgung der EU-Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln weiterhin in gleichem Ausmaß und zu gleicher Qualität sei unerreichbar. "In die Importfalle zu tappen und damit die EU-Klimabilanz zu umgehen, bringt dem globalen Klima am Ende des Tages nichts", so Schmiedtbauer. (Schluss)

## EU-Umweltausschuss gegen strenge Vorgaben in Industrieemissionsrichtlinie

Bernhuber: Nächster Schritt bei Entschärfung erreicht

Brüssel, 24. Mai 2023 (aiz.info). - Im Zuge der Abstimmungen des Umweltausschusses im Europäischen Parlament über die Ausschuss-Position zur Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie kommentiert ÖVP-Umweltsprecher im Europaparlament, **Alexander Bernhuber** : "Die von der EU Kommission vorgeschlagene Ausweitung des Geltungsbereichs der Richtlinie auf die Landwirtschaft würde eine massive Belastung für die heimische Landwirtschaft bedeuten. Erneut würde durch ein Gesetz aus dem Green Deal Paket die EU-Lebensmittelsicherheit geschwächt. Wir fordern hier einen dringenden Kurswechsel im Sinne der europäischen Bäuerinnen und Bauern. Die Position des Umweltausschusses ist noch nicht ideal, aber zumindest entschärfen wir den Kommissionsvorschlag."

Die Industrieemissionsrichtlinie stellt das Regelwerk für den Schutz vor Emissionen in der Europäischen Union dar. Aktuell fallen Tierhaltungen von Geflügel und Schweinen bereits unter die Richtlinie, allerdings erst ab 40.000 Geflügelplätzen oder 2.000 Mastschweineplätzen. Bernhuber will dieses aktuelle Regelwerk weiterhin beibehalten. Die EU-Kommission schlägt um einiges niedrigere Schwellenwerte vor, was dazu führen würde, dass zahlreiche heimische Tierhalterbetriebe unter die Richtlinie fallen. Im Umweltausschuss ist es zumindest gelungen, eine Mehrheit gegen die niedrigen Schwellenwerte der EU-Kommission zu finden und die Rinderhaltung nicht zusätzlich in den Anwendungsbereich der Richtlinie miteinzubeziehen, wie es die EU Kommission vorsieht.

Geplante Reduktion von Pflanzenschutzmitteln ist praxisfremd

Überdies debattieren diese Woche die Abgeordneten im Agrar- und Umweltausschuss des Europaparlaments über den Vorschlag der EU-Kommission zur verpflichtenden Reduktion von Pflanzenschutzmitteln. "Auch mit diesen praxisfremden Ideen der EU-Kommission gefährden wir unsere Lebensmittelversorgungssicherheit und tappen in die Import-Falle. Lebensmittel, die dann nicht mehr in Europa produziert werden können, müssten aus Übersee nach Europa geschifft werden. Umwelt- und Klimaschutz mit Hausverstand bedeuten für uns Regionalität statt praxisfernen Reduktionszielen", sagen die ÖVP-Europaabgeordneten **Simone Schmiedtbauer** und Bernhuber.

Die Auswirkungen einer drastischen Reduktion von Pflanzenschutzmitteln für die heimische Produktion könne man unmöglich von der Hand weisen. Schon jetzt gebe es bei Kürbis, Rüben, Raps, und Kartoffeln massive Probleme und Ernteausfälle durch das Verbot von effektiven Pflanzenschutzmitteln. "Im Europaparlament setzen wir alles daran, einer ideologischen Politik Einhalt zu gebieten", bekräftigt Bernhuber. (Schluss)

## Weingesetz-Novelle stärkt heimische Herkunfts- und Qualitätsweine

### Mehr Alleinstellungsmerkmale und Entbürokratisierung des Meldewesens

Wien, 24. Mai 2023 (aiz.info). - Im Ministerrat wurde heute, Mittwoch, die Novelle des Weingesetzes beschlossen. "Damit stärken wir den Ausbau unserer heimischen Herkunfts- und Qualitätsweine weiter, digitalisieren das Meldewesen im Weinsektor und schaffen so eine bürokratische Entlastung unserer Betriebe", betonen Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**, der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses Nationalrat **Georg Strasser** und Mitglied des Landwirtschaftsausschusses **Clemens Stammler** sowie Österreichs Weinbau-Präsident **Johannes Schmuckenschlager**

Totschnig: "Unser Wein zählt zu den besten der Welt. Der Weinbau ist identitätsstiftend und steht für Vieles, das auch Österreich auszeichnet - wie zum Beispiel für Nachhaltigkeit, Qualität oder auch für Geselligkeit. Österreich und sein Wein gehören zusammen. Das ist der Verdienst unserer engagierten Winzerinnen und Winzer. Damit wir unseren Vorsprung hinsichtlich Herkunft, Qualität und Nachhaltigkeit in der Weinwirtschaft noch weiter ausbauen, haben wir gemeinsam mit der Branche, dem Koalitionspartner und der Interessensvertretung eine Novelle des Weingesetzes auf den Weg gebracht."

"Die Herkunftsebene 'Ortsübergreifende Weinbaugemeinde' trägt dazu bei, dass sich österreichischen Herkunftsweine am Markt noch besser profilieren können. Unsere Produkte sind exzellent und sollten daher auch auf einen Blick erkennbar sein. Die österreichischen Winzerinnen und Winzer sind besonders innovativ und produzieren Spitzenweine, die weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießen. Mit dem kontinuierlichen Ausbau unserer Herkunfts- und Qualitätsweine DAC schaffen wir einen Mehrwert und Alleinstellungsmerkmale für unsere kleinstrukturierte Weinwirtschaft in Österreich."

Strasser: "Österreich hat eine lange Tradition und international anerkanntes Know-how in der Weinproduktion. Nicht nur die Konsumentinnen und Konsumenten hierzulande schätzen das, auch weit über die Landesgrenzen hinaus bürgt österreichischer Wein für höchste Qualität. Neben einer beeindruckenden Vielfalt an Anbaugebieten, die sich über das ganze Land erstrecken, zeichnet uns die Sortenvielfalt aus. Vom Grünen Veltliner, Riesling oder Sauvignon Blanc bis zum Zweigelt erstreckt sich das breite Spektrum, hinter dem die Arbeit der bäuerlichen Familienbetriebe für höchste Maßstäbe in der Produktion steht. Zudem handelt es sich beim Wein um einen Teil unserer Kultur und Identität. Mit der Novelle des Weingesetzes entwickeln wir die Vorreiterrolle des österreichischen Weines weiter und bauen die Herkunfts- und Qualitätssicherung aus."

Stammler: "Der seit 1985 kontinuierlich eingeschlagene Weg der österreichischen Winzer:innen, sich der Qualitätserzeugung zu verschreiben, zeigt auf eindrucksvolle Weise, dass der Platz heimischer landwirtschaftlicher Produktion die Klasse und nicht die Masse ist. Innovative Betriebe und moderne Vertriebswege brauchen ein modernes Gesetz. Die Digitalisierung des Meldewesens schafft Entbürokratisierung bei hoher Nachvollziehbarkeit. Damit können sich unsere Winzer:innen noch intensiver ihrer Leidenschaft widmen: Der Erzeugung von charakteristischem österreichischen Qualitätswein."

Schmuckenschlager: "Für die österreichischen Winzerinnen und Winzer bedeutet die Weingesetznovelle einen weiteren Schritt zur Professionalisierung des Sektors. Vor allem mit der Einführung der Ortsweinebene kann die Herkunftshierarchie der DAC Weine weiter ausgebaut und finalisiert werden."

#### Österreichisches Weingesetz

Das österreichische Weingesetz setzt strenge Maßstäbe bezüglich Qualität und Herkunftscharakter der heimischen Weine. Die aktuelle Anpassung des Weingesetzes verankert den bereits seit längerem verwendeten Herkunftsbegriff der "Ortsübergreifenden Weinbaugemeinde". Dadurch soll die Möglichkeit zur Profilierung der österreichischen Herkunftswine noch verstärkt werden. Zudem enthält es eine Neufassung der Bestimmungen zur Erntemeldung und zur Bestandsmeldung. Sie dient der Vorbereitung der zukünftigen Erfassung dieser Meldungen mittels Online-Tool. Die geplante Digitalisierung des gesamten Meldewesens im Weinsektor, insbesondere von Ernte- und Bestandsmeldung wird für die Betriebe eine spürbare bürokratische Erleichterung darstellen, wird betont.

#### Österreichische Weinwirtschaft

Österreich hat rund 11.000 Winzerinnen und Winzer, die in ihren Kellern Weine in allen Qualitätsstufen und für alle Ansprüche keltern. Grundsätzlich sind rund 80% einer Gesamternte im Qualitätsweinbereich angesiedelt. Mehr als 20% der österreichischen Weingärten werden darüber hinaus biologisch bewirtschaftet, teilt das Landwirtschaftsministerium mit. (Schluss)

## Tirol erlässt nächste Abschussverordnung für einen Wolf

### Schafe erneut in Osttirol gerissen

Innsbruck, 24. Mai 2023 (aiz.info). - Das Land Tirol hat innerhalb weniger Tage die dritte Abschussverordnung für einen Schadwolf erlassen. Diesmal handelt es sich um einen Wolf im Bezirk Lienz in Osttirol, der auf Almen im Gemeindegebiet von Matrei wiederholt Nutztiere gerissen hat. Konkreter Wolfsverdacht besteht bei drei Rissereignissen am 17. und am 18. Mai auf der Arnitzalm sowie am 20. Mai auf der Hoferalm in Matrei in Osttirol. Im Gemeindegebiet von Virgen wurden am vergangenen Samstag sechs tote Schafe gefunden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Wolf gerissen wurden. Die jüngste Verordnung gilt in 32 Jagdgebieten für die Dauer von acht Wochen. Aktuell sind drei Schadwölfe - zwei in Osttirol und einer im Ötztal - zum Abschuss freigegeben.

"Wir nutzen den geringen Handlungsspielraum, den uns die FFH-Richtlinie bietet. Wissend, dass es nicht leicht ist, bitten wir die Jagdausübungsberechtigten im Sinne der Almwirtschaft um ihre tatkräftige Mithilfe", appellieren LH-Stv. und Agrarlandesrat **Josef Geisler** sowie LH-Stv. **Georg Dornauer** einmal mehr an die Jägerschaft.

Raggl: Herdenschutz ist unzureichend

"Die Wölfe müssen wieder lernen, dass vom Menschen und seinen Nutztierherden eine Gefahr ausgeht", äußert der Tiroler Bauernbunddirektor

**Peter Raggl** seine Zweifel an den häufig von Abschusskritikern propagierten Herdenschutzmaßnahmen. Botschaften, dass sich etwa in der Schweiz mit nur passivem Herdenschutz die Probleme lösen ließen, lässt Raggl nicht gelten. "In der Schweiz wird seit über 20 Jahren eine Mischung aus Herdenschutz mit Zäunen, Hirten und Nachtpferchen, Herdenschutzhunden sowie Weideführung betrieben - jedoch ergänzt mit gezielten Abschüssen von Jungtieren in Rudeln oder als problematisch eingestuften erwachsenen Tieren. Das wird von den Kritikern gerne verschwiegen", führt Raggl aus. Passiver Herdenschutz funktioniere nirgends, auch in der Schweiz nicht.

Der Schweizer Herdenschutzexperte **Peter Kuchler** sieht beim Herdenschutz massive Schwierigkeiten bei geringem Erfolg. Herdenschutz würde zwar bis zu einem gewissen Grad helfen. Ohne diese Maßnahmen wären laut dem Experten die Schäden aber bereits so schlimm, dass an eine Alpengang nicht mehr zu denken wäre.

Die Wölfe lernen, mit dem Herdenschutz umzugehen, erklärt Raggl. "Die passiven Schutzmaßnahmen werden nicht als Gefahr erkannt, sondern lediglich als lästiges Hindernis, das sie umgehen lernen. Wölfe lernen, Zäune zu überspringen und Herdenschutzhunde zu überlisten oder zu töten. Werden die Schafe im Nachtpferch gehalten, werden die Herden eben untertags angegriffen." Herdenschutz gleiche einem Wettrüsten. "Je besser die Kleinviehherden geschützt werden, desto mehr wenden sich die Wölfe dem Großvieh zu. Die Risse von Kälbern steigen und die festgestellten Verhaltensänderungen von Mutterkuhherden im touristisch genutzten Almgebiet bereitet zunehmend große Sorgen: Die Anwesenheit von Wölfen macht die Rinder aggressiver", verdeutlicht der Tiroler Bauernbunddirektor.

Abschussverordnungen seit 1. April in Tirol möglich

Bereits am 9. Mai dieses Jahres wurde in Matrei in Osttirol bei einem Riss auf einer Heimweide ein Wolf aus der italienischen Population genetisch nachgewiesen. Zum damaligen Zeitpunkt lagen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Entnahme nicht vor. Nach der Novellierung des Tiroler Jagdgesetzes besteht seit 1. April 2023 in Tirol die Möglichkeit, Schad- oder Risikowölfe mittels Verordnung der Landesregierung und somit ohne Verzögerungsmöglichkeit durch Einsprüche zum Abschuss freizugeben. Schadwalfe sind beispielsweise Wölfe, die im Alpschutzgebiet auf nicht zumutbar schützbar Almen mehr als einmal Nutztiere reißen bzw. bei einem Rissereignis mindestens fünf Schafe töten oder verletzen. Durch die Verordnung bleibt die Anonymität der Jäger:innen gewahrt.

Plattform [www.rehkitzrettung.at](http://www.rehkitzrettung.at)

Gleichzeitig ist die Jägerschaft bemüht, Rehkitze, die in den Monaten Mai und Juni zur Welt kommen, vor dem Mähtod zu bewahren. Über die Plattform [www.rehkitzrettung.at](http://www.rehkitzrettung.at) können in Tirol mittlerweile über 40 Drohnenpilot:innen von Jägern und Landwirten kontaktiert werden. Im Vorjahr wurden so 409 Kitze gerettet. "Wir haben in Tirol ein gutes Modell entwickelt, das von den Bäuerinnen und Bauern auch angenommen wird. Hier leistet die Landwirtschaft gern ihren Beitrag, auch weil Abklärung mit den Drohnen Sicherheit bei geringem Zeitaufwand bedeutet. Wir versuchen zugleich, die Informationen über das Angebot zur Rehkitzrettung noch weiter zu verbreiten, damit es möglichst flächendeckend zum Einsatz kommt", erklärt Landwirtschaftskammer (LK) Tirol-Präsident **Josef Hechenberger**

Für ein gutes Gelingen der Kitzrettung haben der Tiroler Jägerverband und die LK Tirol einen aktualisierten Folder zu den Methoden der Rehkitzrettung und den richtigen Umgang mit Kitzen herausgegeben. Dieser kann auf [aiz.info](http://aiz.info) heruntergeladen werden. (Schluss)

## Heftige Gewitter verursachen schwere Schäden in der heimischen Landwirtschaft

Gesamtschaden beträgt an die 3 Mio. Euro

Wien, 24. Mai 2023 ([aiz.info](http://aiz.info)). - Schwere Gewitter mit Hagel, Starkregen und teilweise stürmischem Wind gestern, Dienstag, haben in der heimischen Landwirtschaft große Schäden angerichtet. Die ersten Unwetterzellen in diesem Jahr sind vom Waldviertel bis ins östliche Flachland und vom Grazer Umland bis ins Südburgenland gezogen. "Nach ersten Begehungen durch unsere Sachverständigen rechnen wir in den Bundesländern Niederösterreich, Burgenland und Steiermark mit einem Gesamtschaden in der Höhe von 3 Mio. Euro, davon alleine 2 Mio. Euro in der Steiermark. Auf einer landwirtschaftlichen Fläche von insgesamt 9.000 ha wurden vor allem Acker- und Obstkulturen geschädigt", zieht **Mario Winkler**, Pressesprecher der Österreichischen Hagelversicherung, eine erste Bilanz. (Anmerkung: Der tatsächliche Schaden in der Landwirtschaft ist meist höher als die Versicherungssumme, außerdem sind nicht alle Bauern hagelversichert).

Im Detail waren in der Steiermark die Bezirke Graz-Umgebung und Weiz betroffen. Die geschädigten Kulturen auf rund 3.500 ha sind Getreide, Stein- und Kernobst inkl. Netzschäden, Erdbeeren, Gemüse und Grünland mit einem Gesamtschaden von 2 Mio. Euro.

In Niederösterreich zogen die Unwetter über die Bezirke Horn, Gänserndorf, Mistelbach und Wr. Neustadt Land. Insgesamt wurden dort an die 4.000 ha mit Getreide, Wein, Obst und Grünland bei einem Gesamtschaden von schätzungsweise 700.000 Euro in Mitleidenschaft gezogen.

Im Burgenland gingen die heftigen Gewitter in den Bezirken Güssing sowie Mattersburg nieder und verursachten Schäden von rund 300.000 Euro in rund 1.500 ha Getreide, Mais, Soja und Erdbeeren.

Die Hagelversicherung ruft betroffene Landwirte auf, ihre Schäden am einfachsten online unter [www.hagel.at](http://www.hagel.at) zu melden. (Schluss)

## Totschnig und Polaschek in der HBLA Klosterneuburg für Wein- und Obstbau zu Gast

Erfolgreiche Verknüpfung von Lehre, Forschung und Praxis

Klosterneuburg, 24. Mai 2023 ([aiz.info](http://aiz.info)). - Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** und Bildungsminister **Martin Polaschek** haben der HBLA Klosterneuburg, der einzigen Bundeslehranstalt für Wein- und Obstbau in Österreich sowie der ältesten bestehenden Weinbauschule der Welt - sie wurde im Jahr 1860 gegründet -, einen Besuch abgestattet. "Für das Landwirtschaftsministerium als Schulerhalter ist das eine klare Bestätigung unseres Modells der Verbindung von Lehre, Forschung

und Praxis an unserer Wein- und Obstbauschule. Heute werden die Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Weinbau und Kellerwirtschaft, Obstbau und -verarbeitung ausgebildet und auf die Praxis vorbereitet", erklärte Totschnig.

Polaschek verwies auf die Initiative "Energie:Bewusst": "Nachhaltigkeit hat sowohl in der Landwirtschaft als auch in unseren Schulen einen besonderen Stellenwert. Mit 'Energie:Bewusst' habe ich erstmals eine Initiative für mehr Umweltschutz, Nachhaltigkeit und den effizienten Umgang mit Energie in unseren Bildungseinrichtungen geschaffen. Wie sehr der Nachhaltigkeitsgedanke bereits in der Praxis gelebt wird, hat dieser Schulbesuch gezeigt", sagte Polaschek.

Im zugehörigen Bundesamt und Forschungszentrum Klosterneuburg werden einerseits anwendungsorientierte und praxisbezogene Forschungsprojekte sowie Versuchsanstellungen bearbeitet und andererseits im Dienstleistungsbereich Gutachten und Prüfzeugnisse erstellt. Eine ideale Verknüpfung von Forschung und Lehre, durch das Einfließen aktueller wissenschaftlicher Inhalte direkt in den Unterricht, werde dadurch ermöglicht. (Schluss)

## Aufsichtsrat der Österreichischen Bundesforste für fünf weitere Jahre bestellt

Gerhard Mannsberger als Vorsitzender des Aufsichtsrates bestätigt

Wien, 24. Mai 2023 (aiz.info). - In der jüngsten Hauptversammlung wurde der Aufsichtsrat der Österreichischen Bundesforste für die neue Funktionsperiode von fünf Jahren bestellt. Dabei wurde Gerhard Mannsberger, Vizerektor an der Universität für Bodenkultur Wien, erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt. Mannsberger tritt damit seine zweite Funktionsperiode an. Ebenso verlängert wurden die Mandate von Elfriede Moser, Landesforstdirektorin in Oberösterreich, und Günter Liebel, Generalsekretär und Leitung der Sektion I "Umwelt und Wasserwirtschaft" im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, die ihre Funktion seit 16. Jänner 2023 bekleiden.

Georg Spiegelfeld scheidet aus dem Aufsichtsrat aus. Ihm folgt Julia Lang, Rechtsanwältin aus Innsbruck, nach, die auch zur Stellvertreterin des Vorsitzenden gewählt und als Finanzexpertin im Prüfungsausschuss nominiert wurde.

"Ich bedanke mich bei Georg Spiegelfeld für seine wichtige Arbeit und wünsche Julia Lang alles Gute für die neue Aufgabe. Jeder zehnte Quadratmeter der Landesfläche bzw. rund 15% des österreichischen Waldes sind den Österreichischen Bundesforsten zur Betreuung und Bewirtschaftung anvertraut. Ein breit aufgestellter Aufsichtsrat ist wesentlich für einen innovativen und nachhaltigen Betrieb, wie die Österreichischen Bundesforste es sind", gratulierte Forstwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**. (Schluss)